

EUROPA

BRIEF

Für Schleswig-Holstein - Ulrike Rodust, MdEP

Liebe Leserinnen und Leser,

noch vor der Kommission hat sich das Europäische Parlament in seiner jüngsten Sitzung in Straßburg mit einem ersten Bericht zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik positioniert. Dass sich hier zentrale sozialdemokratische Ideen wiederfinden, freut mich natürlich sehr: Unsere diesbezüglichen Prioritäten will ich in diesem, aber auch in den folgenden Europabriefen darstellen. Besonders wichtig ist mir bei den anstehenden – sicher auch kontroverseren – Diskussionen um die zukünftige Agrarpolitik, nie zu vergessen, dass Landwirte die Grundlagen unseres Lebens erzeugen.

Angesichts der Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko hat das Europäische Parlament in seiner letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause mit Rat und Kommission über die Risiken von Ölbohrungen diskutiert. Die schwerste Umweltkatastrophe in der Geschichte der USA lenkt den Blick auch auf die Ölförderung vor europäischen Küsten: Wenn BP erklärt, dass auf ihrer, als bedenklich einzuschätzenden, norwegischen Plattform Valhall dieselben Notfallpläne wie im Golf von Mexiko gelten, zeigt das die akute Gefährdung der Nordsee.

Mir ist jetzt wichtig zu wissen, welche Konsequenzen der für Energiepolitik zuständige Kommissar Günther Oettinger für die europäische Gesetzgebung plant, um ähnliche Unglücke bei uns zu verhindern. Dabei muss vor allem die Umwelthaftung ausgebaut werden. Die rechtliche Lage scheint hier unklar: Experten gehen davon aus, dass Ölkonzerne im Ernstfall nur für Schäden aufkommen müssen, die an unter Naturschutz stehenden Tieren und Pflanzen entstehen. Schäden, die beispielsweise der Fischerei entstünden, müssten nicht bezahlt werden. Ich bin entsetzt, dass heute niemand weiß, in welchem Maße die Ölkonzerne zur Verantwortung gezogen werden können. Hier muss dringend nachgearbeitet werden. Denn wer haften muss, trifft auch mehr Vorsorge!

Herzlichst Ulrike Rodust



Inhalt

Nein zu Klonfleisch

Telefonieren im Urlaub

Importverbot für illegales Tropenholz

Europaseminar in Malente

Agrarpolitik nach 2013

Konstruktiver Austausch mit der IHK

Bewegung beim Gemeinschaftspatent

Beginn der belgischen Präsidentschaft

**NEU EUROPA A-Z
AGRAR: „Direktzahlungen“**

Europäisches Parlament sagt Nein zu Klonfleisch

Fleisch und Molkereiprodukte von geklonten Tieren und ihren Nachkommen sollen auch zukünftig nicht auf unseren Tellern landen. Bei der Abstimmung über den Gesetzesvorschlag zu neuartigen Lebensmitteln („Novel Foods“) haben sich die Europaabgeordneten im Juli in zweiter Lesung erneut für ein entsprechendes Verbot ausgesprochen.

Zurzeit gibt es keine EU-Regeln, die Molkereiprodukte und Fleisch von geklonten Tieren ausdrücklich erlauben oder verbieten. Kommission und Rat möchten diese Produkte in die Regeln zu Novel Foods einbeziehen, jedoch haben die Abgeordneten dafür gestimmt, diese aus solchen Regeln auszuschließen. Die EU-Parlamentarier bestehen zudem auf neue EU-Rechtsvorschriften, die von geklonten Tieren und ihren Nachkommen hergestellte Lebensmittel verbieten. Aus Sicht der Parlamentarier spricht die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz ebenso gegen Klonfleisch wie ethische Bedenken, die daraus resultieren, dass geklonte Tiere unverhältnismäßig oft an Krankheiten und Fehlbildungen leiden.

Sollte der Rat den parlamentarischen Standpunkt aus zweiter Lesung nicht akzeptieren, müssen beide Institutionen zu einer Einigung im Vermittlungsverfahren finden.



Wer mit seinem deutschen Handy im EU-Ausland telefoniert, kann sich in diesem Sommer über deutlich bessere Konditionen freuen (Foto: EZ)

Im Urlaub günstiger telefonieren

Pünktlich zur Hauptreisezeit ist am 1. Juli die nächste Stufe der EU-Roaming-Verordnung in Kraft getreten. Damit sinken die Preisobergrenzen für Handy-Gespräche im europäischen Ausland um gut vier Cent. Ausgehende Gespräche dürfen nun höchstens 46 Cent und eingehende Gespräche maximal 18 Cent pro Minute kosten.

Außerdem müssen die Anbieter einen Schutzmechanismus einrichten, der rechtzeitig vor zu hohen Kosten bei Datenübertragungen warnt. Sofern nichts anderes vereinbart wurde, muss der Kunde während des Downloads einen deutlichen Hinweis erhalten, sobald seine monatlichen Ausgaben für Datenroamingdienste 50 Euro überschreiten. Eine Fortsetzung des Downloads ist dann nur nach ausdrücklicher Zustimmung des Kunden möglich.

Importverbot für illegales Tropenholz

Bislang können sich Verbraucher in der EU nicht völlig sicher sein, dass von ihnen gekaufte Produkte ausschließlich aus legal gefälltem Holz hergestellt sind. Schätzungsweise 20 Prozent des auf dem EU-Markt gehandelten Holzes stammen von illegal geschlagenen Bäumen. Dank einer von den EU-Abgeordneten seit langem geforderten Rechtsvorschrift soll sich das nun ändern. So ist der Handel mit illegal geschlagenem Tropenholz in Zukunft auf dem europäischen Markt verboten und muss von den Mitgliedstaaten wirksam geahndet werden.

Ziel des Abkommens, dem das Europäische Parlament im Juli in Straßburg zustimmte, ist es zu verhindern, dass sich das illegal geschlagene unter das zugelassene Holz mischt, sobald es auf dem EU-Markt zur Verfügung steht. Deshalb soll die Herkunft des Holzes künftig entlang der gesamten Handelskette nachvollziehbar sein. Der Rat hat dem Gesetzesentwurf bereits informell zugestimmt, so dass er wahrscheinlich 2012 in Kraft treten kann.

Der illegale Holzeinschlag ist eine Hauptursache der Entwaldung; er führt zu sinkenden Holzpreisen, schwindenden Ressourcen und einer Zunahme der Armut bei den vom Wald abhängigen Bevölkerungen. Außerdem ist er für 20 Prozent der globalen Co2-Emissionen verantwortlich.

Europaseminar in Malente ein voller Erfolg



(Foto: GG)

Über reges Interesse an ihrem gemeinsam veranstalteten Seminar konnten sich Ulrike Rodust und das Europaforum der SPD Schleswig-Holstein freuen. Trotz besten Sommerwetters und der gleichzeitig stattfindenden Fußballweltmeisterschaft war die Nachfrage größer als das Angebot an Teilnahme-Plätzen – sicher ein guter Grund im nächsten Jahr ein ähnliches Angebot zu machen.

Am Abend des 2. Juli stand in der Gustav Heinemann Bildungsstätte in Malente zunächst ein Streitgespräch unter der Überschrift „Die Europäische Union - Neoliberaler Interessenclub oder soziale und ökologische Gestaltungskraft“ auf dem Programm. Am folgenden Tag wurde in unterschiedlichen Zukunftswerkstätten am Projekt Europa gearbeitet.



Beim Gedankenaustausch mit dem Präsidenten des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes, Werner Schwarz, und mit Michael Müller-Ruchholtz (Jurist des Bauernverbandes) stand am Freitag vergangener Woche ebenfalls die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik im Mittelpunkt. (Foto: Bauernblatt)

Agrarpolitik nach 2013

Noch vor der Veröffentlichung der ersten Kommissionsmitteilung zu der für 2014 anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik hat das Europäische Parlament bereits Position bezogen. Mit ihrem in der Juli-Sitzungswoche in Straßburg angenommenen Bericht bekennen sich die Europaabgeordneten zu einer starken und nachhaltigen Gemeinsamen Agrarpolitik, die gleichermaßen auf die verlässliche Versorgung mit qualitativ-hochwertigen Agrarprodukten ausgerichtet ist, wie auf ein nachhaltiges Wachstum, das Umwelt und Klima schützt.

Das Europäische Parlament hat hier ein klares Signal gesetzt, dass es zukünftig bei der Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik mitentscheiden will und kann! In dem verabschiedeten Bericht finden sich zentrale sozialdemokratische Ideen wieder. So werden Landwirte zukünftig gezielter für die Erzeugung von gesellschaftlichen Leistungen entlohnt, etwa für den Schutz wichtiger Ressourcen wie Wasser und Boden. Die vermehrte Ausrichtung der Direktzahlungen an von den Landwirten erbrachten gesellschaftlichen Leistungen soll zur Akzeptanz der Gemeinsamen Agrarpolitik beitragen.

Nur wenn den Bürgerinnen und Bürgern der EU überzeugend dargestellt werden kann, dass gesellschaftlicher Mehrwert entlohnt und nicht pauschal Geld verteilt wird, bekommt die Gemeinsame Agrarpolitik die Anerkennung, die sie verdient. Durch vereinfachte Regelungen für die Direktzahlungen sieht der Bericht des Parlaments zudem die Entlastung kleinerer Familienbetriebe vor. Für den Fortbestand eines aktiven ländlichen Raumes als attraktives Lebensumfeld – nicht nur für Landwirte – muss sich die Politik gerade für die kleineren Betriebe einsetzen. Oberstes Ziel, auch der künftigen Agrarpolitik, muss der Erhalt einer flächendeckenden, multifunktionalen und nachhaltigen Landwirtschaft in Europa sein.

Konstruktiver Austausch

Im Sinne der heimischen Wirtschaft sind die schleswig-holsteinischen IHKs um einen direkten Draht nach Brüssel bemüht und pflegen den regelmäßigen Austausch mit den Europaabgeordneten des Landes. Bei einem Hintergrundgespräch zu dem Dr. Jörn Biel und Dr. Martin Kruse, Hauptgeschäftsführer und Geschäftsführer der IHK zu Kiel, Anfang Juli eingeladen hatten, standen verkehrspolitische Themen im Vordergrund. Ebenfalls erörtert wurden Fragen der maritimen Raumordnung und eines integrierten Managements der Küstengebiete in Europa.



Mit Dr. Jörn Biel, Hauptgeschäftsführer der IHK zu Kiel (Foto: EZ)

Bewegung beim Gemeinschaftspatent

Mit dem Anfang Juli von EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier vorgelegten neuen Vorschlag zur Sprachenregelung kommt endlich Bewegung in die Diskussion über das Gemeinschaftspatent. Die Kommission hat nun für das Einreichen von Patentanträgen eine Drei-Sprachen-Lösung (Englisch, Deutsch, Französisch) vorgeschlagen. Sie hat zum Ziel, die Kosten einer europaweiten Patentanmeldung, die vor allem durch die Übersetzung in die 23 Amtssprachen verursacht würden, zu senken.

Bereits im Jahr 2000 hatte die EU-Kommission erstmals ein Gemeinschaftspatent vorgeschlagen, das jedoch wegen des Streits über die Sprachenfrage auf Eis liegt. Von einem funktionsfähigen und vor allem erschwinglichen Gemeinschaftspatent könnten gerade kleine und mittlere Unternehmen profitieren, für die es schwierig ist, ein Patent in alle Amtssprachen übersetzen zu lassen. Von Seiten des Europäischen Parlaments ist der Kommission deshalb Zustimmung zu ihrem Vorstoß signalisiert worden, der aber erneut am Widerstand von Staaten wie Italien oder Spanien scheitern könnte. Als mögliche Alternative könnte das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit denjenigen EU-Staaten ein gemeinsames Patentsystem ermöglichen, die dieses auch wollen.

Belgische Präsidentschaft unter schwierigen Vorzeichen



Am 1. Juli hat Belgien für sechs Monate den Vorsitz im Rat der EU übernommen und damit turnusgemäß Spanien abgelöst. Das Land übernimmt den Ratsvorsitz nicht zum günstigsten Zeitpunkt, da die Regierungsbildung nach den im Juni erfolgten belgischen Wahlen Anfang Juli noch nicht abgeschlossen war.

Zunächst führen deshalb der scheidende Ministerpräsident Yves Leterme und seine Minister den Vorsitz in den EU-Ministerrunden - bis die neue belgische Regierung im Amt ist. Trotzdem hat sich das Land für das zweite Halbjahr 2010 viel vorgenommen. Auf der Agenda stehen, neben der praktischen Umsetzung des Vertrags von Lissabon, die Etablierung des Europäischen Auswärtigen Dienstes, die Europäische Bürgerinitiative, die Forschungspolitik und eine Reihe wirtschaftspolitischer Themen. Zudem gilt es, den UN-Klimagipfel in Mexiko Ende 2010 mit vorzubereiten. Der belgische Ratsvorsitz orientiert sich dabei am Achtenmonatsprogramm, das von der derzeitigen Trio-Ratspräsidentschaft von Spanien, Belgien und Ungarn entwickelt wurde und bis zum Ende der ungarischen Präsidentschaft im Juni 2011 ein kontinuierlicheres Arbeiten der EU-Institutionen gewährleisten soll.

Vor dem Europäischen Parlament nannte der geschäftsführende belgische Premier am 7. Juli in Straßburg Wirtschaft, Umwelt und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als Prioritäten der belgischen Ratspräsidentschaft. Am Vortag hatte Spaniens Premierminister José Luis Rodríguez Zapatero vor dem Plenum Bilanz

über die vergangenen sechs Monate seiner Ratspräsidentschaft gezogen. Die spanische Präsidentschaft hatte in ihrer Amtszeit vor allem mit dem Wertverlust des Euro und den hohen Haushaltsdefiziten einiger EU-Länder zu kämpfen.

EUROPA A-Z



- AGRAR -

Direktzahlungen: Die Direktzahlungen sind Zahlungen, die direkt an die Landwirte gehen. Sie sind an die Einhaltung zahlreicher Auflagen gebunden. Ursprünglich waren sie als Ausgleich gedacht, um die Absenkung der Stützpreise aufzufangen und den Landwirtschaftsfamilien ein angemessenes Einkommen zu ermöglichen. Seit 2005 sind die Direktzahlungen von der Produktion entkoppelt d.h. sie sind nicht an ein bestimmtes Produkt gebunden, sondern werden pro Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche gezahlt. Landwirte können so flexibler auf den Markt reagieren und Produkte anbauen, die gerade nachgefragt werden und für die jeweiligen Standortbedingungen des Betriebes passen. Die Direktzahlungen oder Ausgleichszahlungen können als finanzieller Ausgleich für die höheren Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutzstandards in der Europäischen Union im Vergleich zu Nicht-EU-Staaten gesehen werden. Innerhalb bestimmter Regionen und Mitgliedsstaaten weichen die Zahlungen stark voneinander ab. Ziel der anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ist es die Ausgleichszahlungen innerhalb der Regionen und Mitgliedsstaaten fairer zu verteilen.

Das Europabüro Kiel wünscht allen Leserinnen und Lesern des Newsletters einen schönen Sommer und verabschiedet sich an die Strände von Nord- und Ostsee. Ab dem 12. August 2010 sind wir wieder an unserem Platz. In dringenden Fällen ist Reiner Bunte telefonisch (04351-42886) oder per Mail (reiner.bunte@t-online.de) erreichbar.



Herausgegeben von
Ulrike Rodust, MdEP
Kleiner Kuhberg 28-30
24103 Kiel
info@ulrike-rodust.eu
www.ulrike-rodust.eu

Redaktion:
Eva Zunder (V.i.S.d.P.),
Gesa Grube

Trotz sorgfältiger Recherche kann insbesondere für die Inhalte angegebener Links keine Verantwortung übernommen werden.